



Überforderte Politik

Wettstreit der Systeme – Renaissance für freie Erfinder und KMUs

Die finanziellen Folgen der Covid-Pandemie und des Klimawandels haben zu hohen Staatsverschuldungen geführt und die noch vorhandenen freien Gestaltungsmöglichkeiten der Politik in den jeweiligen Haushalten deutlich bis drastisch eingengt. Dies betrifft insbesondere zukunftsorientierte Projekte, die gegenüber akuten vorrangigen Maßnahmen, wie der Gesundheitsfürsorge und den Klimaschutz, zurückgestellt werden müssen. Hiervon sind auch weltweit Ausgaben für Innovationen in den jeweiligen Innovationssystemen betroffen. Zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bahnt sich derzeit ein verschärfter Wettstreit der Innovationssysteme an, bei dem für die westliche Welt zur Verstär-

kung des Innovationspotentials und zur künftigen Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit freie Erfinder und ihre Organisationen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) eine entscheidende Rolle spielen.

Zunehmende Klimaschäden, falsche Entscheidungen

Die Fachwelt sagt voraus, dass wir als Ergebnis des Klimawandels in Zukunft weltweit mit einer deutlichen Zunahme von Umweltkatastrophen, wie ausgedehnten Dürreperioden, großflächigen Waldbränden sowie lokal begrenzten Flutkatastrophen und zerstörerischen Wirbelstürmen zu rechnen haben. Die damit verbundenen menschlichen Tragödien und Leiden sind nur ein Aspekt dieser Entwicklung, der andere ist der damit verbundene materielle Schaden, dessen Behebung allein in Deutschland in

Euro einen zweistelligen Milliardenbetrag übersteigt. Nicht eingerechnet hierbei sind weitere hohe Milliardenbeträge für Vorsorgemaßnahmen. Rechnet man hierzu die mit Krediten finanzierten Kosten der Covid-Pandemie, wird ersichtlich, dass in absehbarer Zeit aufgrund begrenzter Mittel die Politik mit Entscheidungen konfrontiert sein wird, bei welchen der Höhe nach zwischen Aufwendungen für Klimaschutz, Gesundheitsschutz, staatlichen Sozialbeiträgen und damit zusammenhängender gesellschaftlicher Stabilität, schmerzhaftere Kompromisse gefunden werden müssen. Spätestens in einer solchen Situation sind die politischen Entscheidungsträger, die zur Sicherung des eigenen Machterhalts ein verständliches Eigeninteresse in diese Entscheidungsprozesse einbringen, überfordert. Damit besteht die Gefahr, dass, wie aus der Vergangenheit bekannt, aufgrund

kurzfristiger „alternativloser“ Dringlichkeitsentscheidungen faule Kompromisse geschlossen werden, zwingend notwendige Maßnahmen, nach dem Motto „nach mir die Sintflut“, unterlassen und in die Zukunft verschoben werden, was zu späteren drastisch erhöhten Aufwendungen zur Schadensbehebung und gegebenenfalls sogar irreparablen Schäden führen kann. Die Beherrschung naturwissenschaftlicher Prozesse erfordern daher insbesondere von kurzfristigen Eigeninteressen unabhängige, weitsichtige fachlich fundierte Entscheidungen.

Leitsatz: „ Mit Klima- und Naturereignissen kann man keine Kompromisse schließen“.

Mangelndes Verständnis dynamischer Prozesse

Die jüngsten Überschwemmungen in Deutschland und Europa belegen, dass die politischen Entscheidungsträger trotz umfangreicher Vorwarnungen ernsthafte Probleme haben, vorausschauend sich verändernde Verhältnisse, insbesondere wenn sie sich schnell verändern, zu erkennen und in ihr politisches Handeln einzuplanen. Weite Bereiche der Politik sind somit noch in einer „reaktiven Politik“ des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert verhaftet, die davon ausgeht, dass jederzeit mit einer Reaktion auf solche dynamischen Ereignisse die weitere Entwicklung noch unter Kontrolle gebracht werden kann. Die Naturwissenschaft lehrt uns jedoch, dass dies nicht so ist, und dass fortschreitende, insbesondere exponentiell ablaufende dynamische Prozesse zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr korrigierbar sind.

Inzwischen sind die Zusammenhänge zwischen der Erhöhung der mittleren globalen Jahrestemperatur und den beobachteten krisenhaften klimatischen Ereignissen wissenschaftlich nachgewiesen. Eine Verleugnung und Verharmlosung ist daher auch angesichts der bisherigen Opfer und enormer entstandener Schäden nicht mehr vertretbar.

Leitsatz: „Dynamische Prozesse erkennen und vorausschauend ganzheitlich handeln“.

Der Klimawandel im Fokus nationaler und industrieller Interessen

Der Klimawandel ist wie eine Pandemie ein globales Ereignis, das mit den daraus resultierenden Folgen die gesamte Menschheit und alle Gesellschaften und Gesellschaftsformen betrifft. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man daher davon ausgehen, dass es als Reaktion hierauf eine globale Initiative gibt, mit der die Ursachen des Klimawandels gemeinsam angegangen werden. Formal ist dies mit dem Pariser Klimaabkommen der Fall, bei dem sich alle Beitrittsländer zu einer Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Gase verpflichtet haben. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch neben den verbindlichen unsanktionierten Selbstverpflichtungen heraus, dass z.B. die Vereinigten Staaten in der Präsidentschaft Trump aus dem Abkommen ausgestiegen und in der jetzigen Präsidentschaft Biden wieder beigetreten sind. Weiterhin fällt auf, dass die Volksrepublik China mit 50,7% (Stand 2020, Quelle BP) als derzeit größter Kohleförderer noch bis zum Jahr 2040 den Status eines Entwicklungslandes mit gemäßigten Ausstiegsbedingungen beansprucht. Es hat daher den Anschein, dass die Zeitpunkte des Kohleausstiegs einzelner Beitrittsländer weit überwiegend von nationalen Wirtschaftsinteressen geprägt sind. Dies wird auch durch die Tatsache belegt, dass derzeit, größtenteils von China und den Industrieländern finanziert, in Afrika neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Laut Daten der Industriebeobachtungsorganisation befanden sich mehr als 100 Kohlekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 42,5 Gigawatt in elf afrikanischen Ländern (ohne Südafrika) in verschiedenen Planungs- und Entwicklungsstadien (Quelle: „Weltweiter Kohleverbrauch sinkt, aber in Afrika fängt er gerade erst an“, Jonathan W. Rosen, National Geographic, 2017). Die gegenwärtige Organisationsstruktur des Pariser Klimaabkommens berechtigt zur Frage, welche Entscheidungen werden die nationalen Entscheidungsträger treffen, wenn zwingend erforderliche Ausgaben für den Klimaschutz mit wirtschaftlichen, machtpo-

litischen oder militärpolitischen Zielsetzungen konkurrieren?

Leitsatz: „Interessen analysieren, Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen“.

Innovationswettbewerb und internationale Wettbewerbsfähigkeit

Der Innovationswettbewerb, d.h. die Entwicklung und erfolgreiche Markteinführung neuer Technologien und Verfahren, ist Basis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Voraussetzung ist hierbei allerdings, dass eine Gesellschaft über ein effizientes Bildungssystem verfügt, das Kreativität und Durchhaltevermögen fördert, den für eine Innovationsauslösung und deren Weiterverfolgung erforderlichen Zugriff auf internationale Informationen sichert und auch für die Durchgängigkeit und Finanzierung der einzelnen Phasen des Innovationsprozesses sorgt. Aufgrund eines nicht vorhandenen einheitlichen und geschützten Innovationsmarktes und Defiziten in dem Innovationssystem - einschließlich der rechtlichen Behandlung von Schutzrechten - haben Europa und Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten und China bereits deutliche Nachteile im Innovationswettbewerb. Die infolge der Covid-Pandemie erforderlichen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft, zur Vermeidung von Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit haben in allen europäischen Ländern zu einer deutlich erhöhten Staatsverschuldung geführt. In Zukunft ist daher davon auszugehen, dass nicht mehr ausreichende Ressourcen zur Entwicklung neuer Technologien und Verfahren und damit zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europas und Deutschlands zur Verfügung stehen werden. Um dieses wieder auszugleichen, sind grundlegende Reformen im Innovationssystem erforderlich, die insbesondere den Mittelstand, der in Deutschland etwa 80% der Erwerbstätigen beschäftigt, die erhöhte Jugendarbeitslosigkeit in Europa und den Status der freien Erfinder und der KMUs in Europa betreffen. Nach einer Studie des OECD

produziert Deutschland gegenwärtig mit abnehmender Tendenz nur noch etwa 8% des Weltwissens. Wenn aber in Europa neue Technologien und Verfahren entwickelt werden sollen, ist es für Unternehmer und freie Erfinder zwingend erforderlich zu wissen, was sich in der Welt auf einem bestimmten Fachgebiet abspielt. Um dieses zu erreichen, muss der Zugriff zu den hierfür erforderlichen Quellen für den Mittelstand und freie Erfinder deutlich verbessert und u.U. neu geschaffen werden. Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem stellt die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa dar. Hier gilt es, die Jugend für Innovationen und eine kreative Zukunft Europas zu motivieren, sie entsprechend auszubilden und in Innovationsprojekte und das reformierte Innovationssystem einzubinden. DABEI hat sich seit seiner Gründung vor über dreißig Jahren mit diesen, die Entwicklung der Gesellschaft bestimmenden Aufgaben - Bildung, Erfindung und Innovation -, deren Funktionen heute wichtiger denn je sind, auseinandergesetzt und wird ihr Engagement zielstrebig weiter fortsetzen. Hierzu zählt auch, dass wir uns ernsthaft auch mit der vergangenen Entwicklung des Wertesystems in unseren Gesellschaften beschäftigen müssen, das, was die Vergütungen betrifft, sich immer stärker an dem Unterhaltungswert und nicht an den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Leistungen für die Gesellschaft orientiert hat. Hier gilt es, dringend gegen zu steuern, denn ein Fortschreiben dieser an dem Unterhaltungswert orientierten Wertvorstellung gefährdet unsere technologische und wirtschaftliche Zukunft. Unsere Vision von einer innovativen ethischen Avantgarde geht von fachlich gebildeten unabhängigen Persönlichkeiten in Kreativgesellschaften aus, die sich als Bürger auf diesen Planeten verstehen, und die international vernetzt konkrete fachliche Beiträge und Erfindungen zur Lösung der Klima- und Umweltproblematik liefern. Besonders wichtig ist dabei die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft, die die Freiheit auf dem Markt mit sozialer Verantwortung kombiniert verbindet. Die soziale Frage und die Werteorientierung steht seit weit

über hundert Jahren im Zentrum der christlichen Soziallehre und der Kirchen, die leider auf Grund eigener schwerer Fehler weiter an Bedeutung verlieren. Für die Verbesserung der Situation erforderliche neue und alte Spielregeln und Motivationen hatten wir mit den neuen, vom erstgenannten Autor eingeführten betriebs- und volkswirtschaftlichen Begriffen „Investivarbeit“ in Innovationsprozessen und „Sondernutzung von Infrastruktur“ für Innovationsprozesse in einer früheren Ausgabe des Innovationsforum erklärt und veröffentlicht.

Paradox: Künftig zwingend erforderliche Problemlöser werden diskriminiert

Wie im ersten Kapitel beschrieben muss aufgrund unzureichender und/oder unterlassener Klimaschutzmaßnahmen mit stark anwachsenden Klima- und Umweltschäden gerechnet werden, deren Beseitigung mit gigantischen Kosten verbunden sein werden. Ein Beispiel hierfür sind die enormen Schäden, die die Wirbelströme in Haiti und in den USA verursacht haben, andere die Flutkatastrophe in Deutschland und Waldbrände in USA und Südeuropa.. Es ist absehbar, dass die Kosten für die unmittelbar erforderliche Rettung von Menschenleben und Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität im Verbindung mit Aufwendungen für Klimaschutzmaßnahmen, die ohnehin schon wegen hoher Verschuldung reduzierten Budgets der Staatshaushalte überfordern werden, so dass für in die Zukunft gerichteten investiven Ausgaben weniger oder gar kein Geld mehr zur Verfügung gestellt werden kann. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass hiervon besonders die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betroffen sind, während die Sozialausgaben, die Ausgaben für die innere Sicherheit und die Verwaltung weitgehend konstant blieben, und Einsparungen im Militärhaushalt zu einer Überalterung der Ausrüstung führten. Die Fähigkeit, einer solchen Situation wirksam zu begegnen, hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft und deren Stellung im künftigen internationalen Wettbewerb. Hier erhebt sich

die berechtigte Frage: „Welche Gesellschaftsform schafft es, im Wettstreit der Systeme mit der aufgezeigten Situation am besten fertig zu werden und für den künftigen Wettbewerb Innovationsreserven zu mobilisieren? Ist es das chinesische System, das auf einem von der westlichen Welt mit aufgebauten hohen technischen Niveau, geringen Löhnen und hohen Außenhandelsüberschüssen, aber gravierenden Umweltproblemen startet, oder ist es das westliche System, das auf einer freien Entfaltung der Persönlichkeit beruht?

DABEI hat hierzu ein Modell entwickelt, das auf einer Intensivierung der Tätigkeit freier Erfinder und neuen Spielregeln im Innovationssystem beruht. Wir sind der festen Überzeugung, dass mit einer Rückbesinnung auf die führende wissenschaftlich-technische Rolle Europas Anfang des letzten Jahrhunderts und dem Pioniergeist der Vereinigten Staaten wir eine sehr gute Ausgangsposition für den künftigen internationalen Wettbewerb entstehen kann. Paradox hierbei ist allerdings, dass wir die freien Erfinder und KMUs, die bereit und fähig sind, wesentliche Beiträge zur Lösung der anstehenden globalen Klima- und Umweltprobleme zu leisten, und die wir dringend für unsere zukünftige Entwicklung brauchen, immer noch diskriminierend behandeln. Dies muss schleunigst geändert werden. Auch hierbei leistet der europäische Erfinderverband AEI in enger Kooperation mit dem deutschen Erfinderverband DEV und DABEI mit seiner gegen die Diskriminierung von Erfindern gerichteten Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof einen entscheidenden Beitrag.

Auch zur Vermeidung der aufgezeigten internationalen Interessenskonflikte ist eine globale Organisation unter Einbeziehung freier Erfinderverbände erforderlich, die weitestgehend unabhängig von nationalen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen handelt und verhindert, dass die Fehler der Vergangenheit in der Entwicklung der Industrienationen wiederholt werden. Es macht keinen Sinn, wenn aus politischer Opportuni-

tät wider besseren Wissens den Entwicklungsländern, zu denen derzeit auch noch China zählt, die Genehmigung erteilt wird, aus wirtschaftlichen Eigeninteressen die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu unterlaufen und die Fehler der Industrieländer bei deren Entwicklung zu wiederholen. Mit solchen Regelungen ist ein Scheitern des Pariser Klimaabkommens vorprogrammiert.

Zusammenfassung

Die zu erwartenden Klima- und Umweltschäden und deren Beseitigung

werden zunehmend die Staatshaushalte belasten. Die Priorität sofortiger menschlicher Hilfeleistungen und der Schadensbeseitigung unter Wahrung gesellschaftlicher Stabilität führt zu verminderten Ressourcen, die damit für die Entwicklung neuer Technologien und Verfahren nicht mehr zur Verfügung stehen. Zur Erhaltung der Innovationsfähigkeit der Gesellschaft ist mit neuen Spielregeln im Innovationssystem die Erschließung neuer Innovationspotentiale erforderlich, insbesondere muss die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung in markt-

gängige Produkte deutlich verbessert werden. Mit grundlegenden Reformen des Innovationssystems und der Förderung freier Erfinder und KMUs kann sich Europa eine gute Ausgangsposition im künftigen internationalen Wettbewerb schaffen.

- *Dr. Wolfgang Heidrich*
DABEI Vorstandsvorsitzender
- *Dr. Alexander Kantner*
DABEI Präsident
- *Dr. Michael Gude*
DABEI Vizepräsident